

## **P1-Beschluss Innenministerien grün besetzen!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 10.03.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1 Die vergangenen Monate waren geprägt von zunehmender Repression. Ob gegenüber  
2 Geflüchteten, Demonstrierenden , gegenüber Umweltaktivist\*innen ,  
3 Journalist\*innen oder im Fall von Überwachungsmaßnahmen der gesamten  
4 Gesellschaft gegenüber. Schon länger beobachten wir autoritäre Tendenzen in der  
5 Innenpolitik.

6 Der Rechtsruck verschärft eine Situation, in der das bloße Hinterfragen von  
7 staatlichem Handeln, sei es der Polizei oder von Geheimdiensten, schon als  
8 radikal gilt. Das Hinterfragen von staatlichem Handeln ist aber keine  
9 linksradikale Praxis - es ist das Grundprinzip des Rechtsstaats. Als GRÜNE  
10 JUGEND NRW werden wir weiterhin das Handeln von Polizei, Geheimdiensten,  
11 Ministerien und Justiz hinterfragen und kritisieren. Wenn wir deshalb als  
12 linksradikal bezeichnet werden, können wir damit gut und gerne leben.

13 Unsere Gesellschaft befindet sich an einem Scheidepunkt. Wollen wir mehr von  
14 unseren Rechten aufgeben, nur um vermeintlich viel Sicherheit zu erhalten? Oder  
15 wollen wir frei, unbeobachtet und ohne Angst leben? Wollen wir eine Politik, die  
16 auf Abschottung zielt oder auf eine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft? Viel  
17 zu oft gehen bei Regierungen unter grüner Beteiligung die Innenministerien an  
18 Andere. Es darf nicht länger ein unausgesprochenes Gesetz sein, dass in einer  
19 Koalition das Innenministerium an die restriktivste oder konservativste Partei  
20 in der Koalition gehen. In dieser schwierigen Zeit müssen GRÜNE mutig sein. Wir  
21 fordern mehr GRÜNE Innenministerien!

### **Vielfalt statt Leidkultur**

23 Die jüngsten GroKo Verhandlungen haben gezeigt, welchen Anstrich eine Große  
24 Koalition einem Innenministerium geben möchte: Heimat und Abschottung.

25  
26 Man versucht dem Rechtsruck hinterherzulaufen und eine Leitkultur politisch zu  
27 konstruieren, anstatt das Demokratieverständnis und die enorme Wichtigkeit von  
28 Menschenrechten in unserem Grundgesetz für unsere Gesellschaft zu fördern. Wir als  
29 Grüne Jugend NRW setzen uns für das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung  
30

31 eines jeden Menschen ein. Freie und aufgeklärte Bürger\*innen sind ein  
32 Grundfeiler für eine von Repressionen befreite Gesellschaft. Daher fordert die  
33 Grüne Jugend NRW, dass jeder Schüler\* und jede Schülerin\* des Landes NRW ihre  
34 Bürger\*innenrechte und Menschenrechte in der Schule kennen- und die  
35 Funktionsweise unserer Demokratie verstehen lernt, um sie in die Lage zu  
versetzen, ihre Rechte einzufordern.

36 Gelungene Integration fällt bei der Bemühung, dem Rechtsruck hinterherzulaufen  
37 und eine Leitkultur zu konstruieren, hinten über. Stattdessen sollen umfassende  
38 Asylrechtsverschärfungen kommen.

39 Mit den geplanten Sammellagern, Residenzpflicht und der Ausgabe von  
40 Sachleistungen zwingt die GroKo Geflüchtete in die Isolation. Durch ein  
41 lächerliches Kontingent für die Familienzusammenführung stürzt sie Geflüchtete  
42 desweitem in Jahre der Unsicherheit und der Angst. Die Ausweitung der sicheren  
43 Herkunftsländer und gar Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan tun ihr  
44 übriges. Wer Schutzbedürftige so behandelt, hat kein Interesse an einer  
45 vielfältigen und erfolgreichen Gesellschaft, sondern spielt das Spiel der  
46 extremen Rechten. Wir lehnen diese Politik entschieden ab! Stattdessen setzen  
47 wir auf eine dezentrale Unterbringung, Bewegungsfreiheit und ein Recht auf  
48 Familienzusammenführung als Voraussetzung für gelungene Integration in den  
49 Kommunen.

50 Wir erkennen an, dass es hierbei nach wie vor großen Nachholbedarf gibt. Dafür  
51 muss aber Geld in die Hand genommen werden! Die Große Koalition verwehrt den  
52 Kommunen die nötigen Mittel um Integration gelingen zu lassen - gleichzeitig  
53 verkauft sie eine kommunale Überforderung als Argument für  
54 Asylrechtsverschärfungen. Sie betreibt damit weitere Abschottungspolitik auf dem  
55 Rücken der Geflüchteten und der Kommunen. Integrationsmittel müssen durch Bund  
56 und Land so großzügig angelegt sein, dass sie ambitionierten kommunalen  
57 Integrationskonzepten gerecht werden können, statt nur zögerlich Geld  
58 nachzuschießen. Migrantinnen und Migranten, aber auch Geflüchtete sind eine  
59 große Chance für unser Land. Wir müssen ihnen nur die gleichen Chancen einräumen  
60 wie dem Rest unserer Bevölkerung. Neben Sprachkursen und der Arbeitsvermittlung  
61 sollte der Bund massiver in sozialen Wohnungsbau investieren, um Menschen die zu  
62 uns kommen, den Einstieg zu erleichtern.

63 Damit die Integrationsaufgaben nicht weiter hintenüberfallen, unterstützen wir  
64 die GRÜNE Forderung nach einem eigenständigen Einwanderungs- und  
65 Integrationsministerium, in dem alle migrations-, flüchtlings-, integrations-  
66 und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst werden. Wir  
67 fordern außerdem ein progressives Einwanderungsgesetz, dass auf Chancen und  
68 nicht auf Leistung abzielt und Amnestie-Regelungen für all diejenigen, die sich  
69 ohne Status in Deutschland aufhalten. Kettenduldungen ohne Perspektive müssen  
70 endlich abgeschafft werden. Wir setzen uns außerdem für ein ius soli Prinzip bei  
71

72 der Staatsbürgerschaft und die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft ein.  
73 Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollten außerdem das Wahlrecht  
74 eingeräumt bekommen. Eine gerechte Gesellschaft für Alle gibt es nur mit  
gleichen Rechten für Alle!

75 **Digitale Revolution nicht als Chance der Überwachung, sondern als Chance der**  
76 **Freiheit begreifen!**

77 Repressive Innenpolitiker\*innen zeichnen sich insbesondere durch ihre  
78 Überwachungsfantasien aus. Instrumente, wie die Vorratsdatenspeicherung, wurden  
79 schon mehrmals vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig bezeichnet und sogar  
80 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte untersagt. Dennoch geht die  
81 Vorratsdatenspeicherung weiter. Mehr noch: Innenministerien fördern Projekte zum  
82 Ausbau der Videoüberwachung und ihre intelligente Vernetzung und tüfteln fleißig  
83 an Staatstrojanern, die unsere Computer und Handys ausspähen sollen.

84 Damit muss Schluss sein! Die digitale Revolution ist eine Chance für die  
85 Freiheit und den Aufbruch - nicht für mehr Überwachung. Wir wollen frei leben -  
86 sowohl offline, als auch online.

87 Eine progressive Innenpolitik schützt die Rechte der Bürger\*innen. Dazu gehört  
88 auch ein wirksamer Datenschutz. Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-  
89 Datenschutzgrundverordnung. Die Datenschutzbehörden, die den Innenministerien  
90 unterstellt sind und die unabhängigen Landesdatenschutzbeauftragten, brauchen  
91 mehr personelle Ressourcen um ihren Aufgaben nachzukommen. Ebenso brauchen sie  
92 weitere Sanktionswerkzeuge, die dann aber auch wirksam sein müssen um die  
93 Einhaltung des Datenschutzes verfolgen zu können.

94 Auch im Einsatz finden digitale Ressourcen immer mehr Anwendung. Die  
95 Polizeistatistik hat einmal im Jahr, bei ihrer Präsentation, ihren großen  
96 Auftritt und sie hat politische Folgen. Aufgrund der Polizeistatistik werden  
97 Probleme identifiziert und Lösungen vorgeschlagen, Politiker\*innen kritisiert  
98 oder gelobt. Dabei ist fraglich ob die Statistik in der Regel das aussagt, was  
99 sie glaubt auszusagen. Zahlen aus der Polizeistatistik finden dann ihren Weg in  
100 sogenannte Pre-Policing Systeme. Städte wie München oder Berlin nutzen bereits  
101 entsprechende Systeme, ohne das überhaupt bewiesen wurde, dass sie zu einer  
102 höheren Aufklärungsrate führen.

103 Wir fordern eine enge wissenschaftliche Begleitung der Erhebungen von  
104 Polizeistatistiken und ihrer Anwendung im Einsatz. Eine großangelegte Forschung  
105 auch im Bereich der Dunkelziffern muss dabei zwingend komplementär zu  
106 Polizeistatistiken verwendet werden. Der Einsatz von Pre-Policing Systemen darf  
107 nicht dazu führen, dass auf sich selbst bezogene Gefahrengebiete entstehen und  
108 Bürger\*innen noch mehr ein Gefühl der Unsicherheit vermittelt wird. Vielmehr  
109 müssen sie dazu dienen, Präventionsarbeit zu leisten.

110 **Aus Versagen lernen: Geheimdienste müssen in die Demokratie passen - nicht die**  
111 **Demokratie zum Geheimdienst!**

112 Islamistischer Terror ist zu einem globalen Problem geworden. Mit dem Anstieg  
113 des Terrors stieg auch die Angst der Menschen. Wir verurteilen jede Gewalt und  
114 jeden Anschlag aufs Schärfste! In unserer freien Gesellschaft lassen wir uns  
115 nicht von Terror einschüchtern. Fuck Daesh und Konsorten!

116 Der Fall Anis Amri hat gezeigt, dass Geheimdienste in ihrer Kernaufgabe versagt  
117 haben. Und nicht nur das: Die Geheimdienste des Verfassungsschutzes und des  
118 Bundesnachrichtendienstes sind immer noch eine Black Box. Auch für  
119 Politiker\*innen ist es oft schwer nachzuvollziehen, was innerhalb eines  
120 Geheimdienstes vor sich geht. Häufig verschweigen die Geheimdienste selbst  
121 gegenüber Politiker\*innen wichtige Informationen, die im Nachhinein durch  
122 Untersuchungsausschüsse geklärt werden müssen.

123 Fälle wie beim Nationalsozialistischen Untergrund, bei dem der Verfassungsschutz  
124 massenhaft Akten vernichtet und somit eine umfassende Aufklärung unterbunden  
125 hat, dürfen sich nicht wiederholen. Gerade vor dem Hintergrund eines  
126 gesellschaftlichen Rechtsruckes, der Bewaffnung von Reichsbürger\*innen und  
127 ganzen Landstrichen, in denen sich Nazis als organisierte Zellen  
128 zusammenschließen, muss es staatliche Aufgabe sein, den Terrorismus von Rechts  
129 im Auge zu behalten.

130 In der Aufklärung darf sich die Politik nicht den Geheimdiensten anpassen - die  
131 Geheimdienste haben sich an die parlamentarische Kontrolle der Politiker\*innen  
132 anzupassen. Mehr noch, die parlamentarischen Kontrollrechte und -pflichten  
133 müssen weiter ausgebaut werden! Ein Kontrollgremium alleine reicht nicht.  
134 Verantwortlichen Politiker\*innen muss der Zugang zu den Geheimdiensten und zu  
135 allen Akten zu jeder Zeit erlaubt werden. Nur so kann parlamentarische Kontrolle  
136 gelingen.

137 Darüber hinaus lehnen wir Geheimdienste als solche ab und wollen sie langfristig  
138 abschaffen. Geheimdienste stehen in einem Widerspruch zu einer demokratischen,  
139 offenen und aufgeklärten Gesellschaft.

140 Wir stehen weiter zu unserer Forderung der Abschaffung des Verfassungsschutzes.  
141 Der NSU-Skandal zeigte, dass der Verfassungsschutz seine Aufgabe nicht erfüllt.  
142 Statt seinem Namen gerecht zu werden und die Verfassung zu schützen, beschäftigt  
143 der Verfassungsschutz V-Leute und unterstützt damit rechte Strukturen und  
144 offenbar sogar den NSU. Darüber hinaus beobachtet er friedliche, linke  
145 Aktivist\*innen, statt gewaltbereite Neonazis und andere Rechte zu verfolgen und  
146 strafrechtlich relevante Erkenntnisse zu bringen.

147 Bis die Abschaffung der Geheimdienste mehrheitsfähig ist, setzen wir uns für  
148 eine stärkere parlamentarische Kontrolle ein. Die verschiedenen Landesämter für  
149 Verfassungsschutz sind überflüssig, das Bundesamt soll abgeschafft und neu als  
150 Zentrale zur Gefahren- und Spionageabwehr aufgestellt werden.

151 Prävention ist immer besser als Nachsicht, deswegen fordern wir den Ausbau von  
152 Peergroup Aussteiger\*innenprogrammen in den Bereichen Islamismus/Salafismus und  
153 der extremen Rechten. Prävention darf nicht nur in Moscheen anfangen, sondern  
154 muss Jugendliche schon in der Schul- und Jugendzentrumssozialarbeit mitnehmen.

## 155 **Damit die Polizei zu einer Polizei der Bürger\*innen wird**

156 Früher hieß es "Polizei - Dein Freund und Helfer". Doch was ist daraus geworden?  
157 Nur wenige Menschen haben noch Vertrauen in die Polizei. Fälle wie in Herford,  
158 bei dem nur eine kleine Videosequenz zur Belastung des Angeklagten dem Gericht  
159 vorgelegt und der entlastende Teil herausgeschnitten wurde, mindern das  
160 Vertrauen in die Polizei. Auch Demonstrierende machen Gewalterfahrungen mit der  
161 Polizei. Menschen, die von der Polizei rechtswidrige Behandlung erfahren haben,  
162 haben zwar immer die Möglichkeit sich vor Gericht zu wehren; aber nur sehr  
163 selten Chance darauf dies erfolgreich zu tun.

164 Als GRÜNE JUGEND NRW wollen wir dahin, dass die Polizei zu Freund und Helfer\*in  
165 der Menschen wird. Deshalb muss sie zu einer Polizei der Bürger\*innen werden.  
166 Dazu gehört, dass die Polizei eine verhältnismäßige, notwendige Aufstockung des  
167 Personals und der unterstützenden Ressourcen erfährt, um in Fuß- und  
168 Fahrradstaffeln für Bürger\*innen ansprechbar zu sein. Gerade bei  
169 queerfeindlichen Straftaten fehlen oft vertrauenswürde und sensibilisierte  
170 Ansprechpersonen innerhalb der Polizei, an die Geschädigte sich bei Bedarf  
171 wenden können. Queerfeindliche Straftaten müssen als solche benannt und erkannt  
172 werden! Auch, dass rechtswidrige Handlungen der Polizei muss unabhängig und  
173 neutral verfolgt werden. Es ist offensichtlich, dass wenn Polizei gegen Polizei  
174 ermittelt, entsprechende Interessenskonflikte vorliegen. Wir fordern: Schafft  
175 eine anonyme Beschwerdestelle und eine unabhängige Ermittlungsstelle!  
176 Unterstützt weiterhin Beratungsstellen für Betroffene von Polizeigewalt!

177 Ein weiterer Knackpunkt ist immer wieder die fehlende Möglichkeit der  
178 Identifikation der Polizeibeamten. Daher ist die Entscheidung der  
179 Landesregierung die Polizeikennzeichnung wieder zurückzunehmen auch so  
180 katastrophal: Es zerstört weiter jedes Vertrauen. Daher fordern wir: Führt die  
181 Kennzeichnungspflicht wieder ein!

182 Bodycams betrachten wir in diesem Zusammenhang nicht als ein nützliches  
183 Instrument der Kontrolle der Polizei. Es ist uns schleierhaft wie eine Kamera  
184 das Verhalten eines\*einer Polizist\*in kontrollieren soll, wenn sie auf die  
185 Person gegenüber gerichtet ist und sich das Videomaterial in der Gewalt der

186 Polizei befindet. Wir fordern die Abschaffung von Bodycams!

187 Videoüberwachung schafft vielleicht punktuell das Gefühl von mehr Sicherheit,  
188 aber zur Verringerung von Kriminalität oder gar deren Aufklärung sind sie nicht  
189 geeignet. Straftäter\*innen werden videoüberwachte Gegenden meiden; dass Problem  
190 verlagert sich damit nur innerhalb einer Stadt. Übrig bleiben all diejenigen  
191 Menschen, die von nun an Tag für Tag überwacht werden und ständig  
192 aufgezeichnetes Videomaterial jedem Missbrauch offenstehen. Mehr Polizei auf den  
193 Straßen kann derartige Kriminalitätsschwerpunkte besser auflösen. Eine derartig  
194 gesteigerte Polizeipräsenz macht aber nur Sinn, wenn die Justiz angemessen  
195 schnell arbeitet und Verhandlungen zügig nach der Festnahme beginnen können.

196 Die Ermittlung von Tatverdächtigen muss dabei immer tatsachengestützt sein. Ein  
197 Racial Profiling, also die Behandlung von Menschen als Tatverdächtige aufgrund  
198 ihrer zugeschriebenen Ethnie lehnen wir ab. Das Bundesverfassungsgericht hat  
199 diese Position schon mehrmals ebenso vertreten. In der Realität findet Racial  
200 Profiling jedoch nach wie vor regelmäßig statt. Diese Praxis muss konsequent  
201 angezeigt werden und die Polizist\*innen besser sensibilisiert und weitergebildet  
202 werden, sodass Ermittlungstätigkeit auch ohne Rassismus möglich ist.

203

## 204 **Schwarz-Gelb rutscht ab in bayrische Verhältnisse**

205

206 Das vor einigen Wochen vorgeschlagene Sicherheitspaket der Schwarz-Gelben  
207 Landesregierung geht dagegen den entgegengesetzten Weg einer bürgernahen  
208 Polizei. Sie definiert das Ziel einer robuster wirkenden Polizei. Dazu gehört  
209 für die Landesregierung auch der Einsatz von Elektroschockpistolen. Dass die  
210 Landesregierung die Ermächtigungsgrundlage für Elektroschockpistolen schafft,  
211 ohne dass diese überhaupt getestet sind, zeigt ihre krude Symbolpolitik. In der  
212 Innenpolitik der neuen Landesregierung wird immer deutlicher: Schwarz-Gelb macht  
213 blinde Rundumschläge auf Kosten von Bürger\*innenrechten!

214 Dass sie vorschlägt, Menschen, die keine Straftat begangen haben, bis zu einem  
215 Monat mit Möglichkeit der Verlängerung einzusperren, erinnert an türkische  
216 Verhältnisse. Die Landesregierung dreht das Strafrecht vollkommen um: Bisher  
217 galt, wo keine Verurteilung, da keine Strafe. Die Landesregierung möchte aber  
218 wohl eher den Leitsatz: Wo ein Verdacht, da eine Strafe. Auch die Ausweitung der  
219 Videoüberwachung und Staatstrojaner, wie im Sicherheitspaket vorgeschlagen, sind  
220 ein massiver Eingriff in die Freiheit und Persönlichkeitsrechte!

221 Die FDP fällt als Bürgerrechtspartei offensichtlich vollkommen aus.

222 Innenminister Reul beweist wieder einmal, dass sein Innenministerium kein  
223 Zusammenhalts-, sondern ein Polizeiministerium nach bayrischem Vorbild ist.

## 224 **Arbeitnehmer\*innenrechte von Polizist\*innen ernst nehmen**

225 Polizist\*in zu sein heißt oft, einen Knochenjob mit unvorhersehbaren  
226 Arbeitszeiten auszuführen. Gerade Großeinsätze verlangen Menschen im Einsatz

227 große Kräfte ab. Die strikte Einhaltung von Pausenzeiten, ebenso wie eine  
228 angemessene Verpflegung ist daher unerlässlich. Oft häufen Einsatzkräfte hohe  
229 Überstunden an, die durch komplizierte System innerhalb eines dreimonatigen  
230 Zeitraums ausgeglichen werden müssen. Überarbeitete und gestresste  
231 Polizist\*innen können nicht im Interesse unseres Staates sein. Auch um die  
232 Ausgleichung von Überstunden zu gewährleisten, fordern wir mehr Polizeikräfte  
233 und eine Entlastung der Vollzugskräfte durch mehr Verwaltungskräfte. Eine  
234 monetärer Ausgleich muss durch ein Langzeitkonto für Überstunden ergänzt werden.

235 Polizist\*innen schützen oftmals in Großeinsätzen Fußballspiele und häufen dort  
236 weitere Überstunden an. Klar ist: Fußballfans dürfen nicht unter Generalverdacht  
237 gestellt werden! Vereine müssen verstärkt Verantwortung übernehmen und  
238 zielgerichtet Fans vor Gewalttaten schützen. Es kann nicht sein, dass diese  
239 Verantwortung auf den Staat und seine Einsatzkräfte verlagert wird. Deshalb  
240 fordern wir die Vereine auf, mehr Geld in Präventionsmaßnahmen zu investieren  
241 und konsequent gegen Vereinigungen vorzugehen, die Fußballspiele als Plattform  
242 für Gewalt und/oder Rassismus missbrauchen. Vereine, die sich wie der SV  
243 Babelsberg 03 müssen konsequent gegen Rassismus einsetzen, müssen dabei  
244 unterstützt und nicht bestraft werden. Faninitiativen, die durch  
245 Selbstverwaltung ihrer Kurve Einsatzkräfte entlasten, müssen von Vereinen mehr  
246 unterstützt werden.

247 Polizist\*in sein heißt auch, sich jeden Tag in Gefahrensituationen begeben zu  
248 müssen. Dabei muss man sich im Zweifel auf Kolleg\*innen verlassen können. Aus  
249 diesem Grund ist es unersetzlich, konsequent gegen Diskriminierung und Mobbing  
250 innerhalb der Polizei zu kämpfen. Interne Schulungen und Aufklärungsarbeiten für  
251 Polizist\*innen über queere Lebensbiographien bauen Vorurteile und  
252 Stigmatisierungen ab. Es braucht Ansprechpartner\*innen für queere Polizist\*innen  
253 und Anlaufstellen um homo- und trans\*phobe Äußerungen innerhalb der Behörde  
254 sichtbar zu machen und entgegen zu wirken. Ombudsleute als unabhängige  
255 Beschwerdestellen sollten daher in jedem Kreis ein offenes Ohr für alle  
256 Angestellten bieten. Eine psychologische Betreuung von Arbeitnehmer\*innen ist in  
257 solchen Fällen und für Polizist\*innen, die Gewalt erfahren mussten, zu  
258 gewährleisten. Wir verurteilen Gewalt gegen Polizist\*innen im Einsatz.

## 259 **Freiheitsrechte ausbauen und verteidigen**

260 Ob der Pfefferspray-Einsatz in Hamburg oder die Wasserwerfer beim AfD-Parteitag  
261 in Hannover. Häufig lassen die Einsatztaktiken der Polizei bei Demonstration  
262 Zweifel an ihrer Verhältnismäßigkeit aufkommen. Für uns ist klar: Demonstrieren  
263 gehen darf für niemanden ein Gesundheitsrisiko sein- weder für Demonstrant\*innen  
264 noch für die Polizei. Daher fordern wir als ersten Schritt das sofortige Verbot  
265 von Pfefferspray und Pepperballs  
266 . Der Einsatz von Wasserwerfern bei extrem kalten Bedingungen muss wie ein  
267 Schusswaffengebrauch dokumentiert werden. Konsequent deeskalative Maßnahmen sind  
268

269 immer vorzuziehen. Einen Einsatz von Pferdestaffeln lehnen wir zum Schutz von  
270 Mensch und Tier ebenfalls ab.

270 Das Demonstrationsrecht ist ein starker Pfeiler der Meinungs- und Redefreiheit  
271 in Deutschland. Die strafrechtliche Verfolgung von Demonstrant\*innen darf nicht  
272 dazu dienen, Menschen vom Demonstrieren abzuhalten oder abzuschrecken, sondern  
273 einzig und allein der Verfolgung von begangenen Straftaten. Willkürliche  
274 Repression wie die Festsetzung des Falken-Busses zum G20 Gipfel in Hamburg  
275 untergraben das Demonstrationsrecht. Die Wahrung des Presserechts ist in jedem  
276 Falle zu gewährleisten - ein willkürlicher Ausschluss von Journalist\*innen  
277 anhand von vorgehender kritischer Berichterstattung ist zu verurteilen und zu  
278 verfolgen.

279  
280 Nur mit einer freien und starken Presse können die Bürger\*innen NRWs die  
281 Tätigkeit der Regierung, Polizei und Geheimdienste nachvollziehen. Daher setzt  
282 sich die Grüne Jugend NRW für eine Stärkung der Freien und Vielfältigen  
283 Medienlandschaft NRWs ein. Pressevertreter\*innen dürfen nicht, wie zuletzt bei  
284 G20 Gipfel, ohne Angabe von Gründen in ihrer Arbeit eingeschränkt werden.  
285 Angriffe, körperlicher oder verbaler Art auf investigative Journalisten\*innen  
286 müssen in Zukunft stärker durch die Polizei geahndet werden. Zudem muss sich das  
287 Land, auch auf Bundesebene für freie Informationspolitik einsetzen.

288 Von einer Polizei unter einem GRÜNEN Innenministerium und auch generell erwarten  
289 wir, dass sie Gerichtsurteile und die Gewaltenteilung achtet und nicht wie  
290 beispielsweise im Zuge der G20-Proteste in Hamburg von Gerichten erlaubte  
291 Protestscamps räumen lässt.

292 Nicht nur bei Demonstrationen, auch in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement  
293 sind Menschen Repressionen ausgesetzt. Anlasslose Durchsuchungen oder solche,  
294 bei denen der Anlass viel Fantasie erfordert, sind für viele Aktivist\*innen  
295 schwerwiegende Eingriffe in ihr persönliches Engagement. Im schlimmsten Fall  
296 können Menschen, auch solche die keine eigene Straftat begangen haben, als  
297 Mitglied einer terroristischen Vereinigung verfolgt und bestraft werden. Das  
298 muss aufhören und die GRÜNE JUGEND NRW fordert daher die ersatzlose Streichung  
299 des §129a aus dem Strafgesetzbuch.

300 Ebenso muss die Verhältnismäßigkeit bei der Auflösung von Demonstrationen  
301 gewahrt bleiben. Einen Demozug wegen PKK-Fahnen aufzulösen, wie in Köln  
302 geschehen, ist nicht gerechtfertigt und wir bekräftigen an dieser Stelle noch  
303 einmal unsere Forderung nach einer Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland.

## 304 **Glossar**

305 **Residenzpflicht:** Eine Residenzpflicht schreibt Geflüchteten vor, dass sie sich  
306 nur in einem von den Behörden vorgegebenen Gebiet (meistens Kreis) aufhalten

307 dürfen.

308 **Sachleistungen:** Geflüchtete bekommen mit dem Sachleistungsprinzip kein Geld, dass  
309 sie eigenständig verwenden dürfen, sondern müssen die Verpflegung, Kleidung und  
310 weitere Gegenstände annehmen, die der Staat für sie bereitstellt.

311 **Amnestie:** Amnestie bedeutet, dass rechtliche Verstöße, die in der Vergangenheit  
312 begangen wurden, für nichtig erklärt werden.

313 **Kettenduldungen:** Das deutsche Asylrecht unterscheidet von einem Aufenthaltstitel  
314 und einer Duldung. Menschen, die in Deutschland nur geduldet werden, sind  
315 weiterhin ausreisepflichtig. Dieser Status kann über Jahrzehnte für Betroffene  
316 und auch ihre Kinder hingezogen werden, sodass zum Beispiel Kinder in Länder  
317 abgeschoben werden, die sie noch nie betreten haben.

318 **ius soli Prinzip:** So nennt sich ein Staatsangehörigkeitsrecht, dass danach geht,  
319 in welchem Land man geboren wurde.

320 **Vorratsdatenspeicherung:** Mit der Vorratsdatenspeicherung werden personenbezogene  
321 Daten, vor allem Kommunikationsdaten wie zum Beispiel Telefonverbindungen die  
322 man getätigt hat, beim Staat vorgehalten ohne dass ein aktueller Tatverdacht  
323 besteht.

324 **Videoüberwachung:** Bezeichnet die Aufzeichnung durch Kameras im öffentlichen  
325 Raum, die gespeichert wird.

326 **Videobeobachtung:** Bezeichnet die Aufzeichnung und Echtzeit-Auswertung von  
327 Aufnahmen im öffentlichen Raum, d.h. ein\*e Polizeibeamt\*in sitzt in einer  
328 Zentrale und reagiert auf Vorfälle.

329 **Staatstrojaner:** Auch Quellen-Telekommunikationsüberwachung genannt, bezeichnet  
330 das Aufspielen von staatlicher Fremdsoftware auf ein Handy, Computer oder  
331 Tablet, um dann die Zielperson auszuspähen.

332 **Pre-Policing Systeme:** Diese Systeme errechnen anhand von Kriminalitätsstatistiken  
333 Wahrscheinlichkeiten dafür, dass in einer bestimmten Gegend Straftaten begangen  
334 werden. Aus diesen Wahrscheinlichkeiten können dann die Behörden Rückschlüsse  
335 ziehen, wie zum Beispiel die Entsendung von Streifenwagen in den betroffenen  
336 Gebieten.

337 **Dunkelziffer:** Die Dunkelziffer ist die Anzahl der Verbrechen, die gar nicht erst  
338 registriert werden, weil sie nicht angezeigt oder entdeckt werden.

339 **Daesh:** Ist eine alternative Bezeichnung für den von sich selbst so genannten  
340 „Islamischen Staat“ und ist ein Akronym aus dem arabischen für "Der Islamische  
341 Staat im Irak und der Levante". Er erkennt der Terrororganisation seinen  
342 irrwitzigen Weltherrschaftsanspruch ab. Das Wort kann im Arabischen außerdem als  
343 Bezeichnung für Fanatiker gebraucht werden.

344 **Black Box:** Bezeichnet ein System, dass nur von außen betrachtet werden darf. Die  
345 Organisation und das Wissen im Inneren bleiben verborgen.

346 **Untersuchungsausschüsse:** Werden von Parlamenten einberufen, um einen Sachverhalt  
347 aufzuklären.

348 **Reichsbürger\*innen:** Diese verschwörungstheoretische Bewegung bestreitet die  
349 Existenz Deutschlands als legitimen und souveränen Staat. Sie berufen sich auf  
350 einen Weiterbestand des Deutschen Reiches entweder als Kaiserreich oder in den  
351 Grenzen von 1937.

352 **Nationalsozialistischen Untergrund:** Kurz NSU, bezeichnet eine rechte Terrorzelle  
353 in Deutschland, denen bis heute 10 Morde und zwei Sprengstoffattentate mit 23  
354 Verletzten zugerechnet werden.

355 **Peergroup Aussteiger\*innenprogramm:** Menschen mit ähnlichen Erfahrungen und  
356 Hintergründen helfen Anderen, auszusteigen.

357 **Kennzeichnungspflicht:** Polizist\*innen tragen auf Demonstrationen eine Reihe von  
358 Symbolen und Zahlen auf ihrer Ausrüstung um sie eindeutig identifizieren zu  
359 können. Diese Kennzeichnung kann sich von Demo zu Demo ändern.

360 **Bodycams:** Sind eine kleine Kameras, die auf dem Oberkörper von Polizist\*innen  
361 angebracht werden. Ab wann diese Kameras aufzeichnen, wird in verschiedenen  
362 Bundesländern unterschiedlich gehandhabt.

363 **§129a:** Dieser Paragraph wurde in Deutschland als Reaktion auf die Rote Armee  
364 Fraktion (kurz RAF) eingeführt. Durch ihn können Menschen für eine angebliche  
365 Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen verurteilt werden, ohne jemals  
366 an Straftaten der Vereinigung beteiligt gewesen worden zu sein.

## Begründung

erfolgt mündlich.